

Es gilt das gesprochene Wort!

Einbringung des Kreishaushalts 2024

Sehr geehrte Damen und Herren des Kreistags,
meine Damen und Herren,

Eine Krise jagt die Nächste. Corona-Pandemie 2020 und 2021, Ukraine-Krieg 2022 und jetzt der Terror gegen Israel, Inflation, Stagnation oder Rezession. Dazu Klimakrise, Energiekrise, Transformation und Dekarbonisierung. Stecken wir weg, so wie 2007/2008 die globale Finanz- und Wirtschaftskrise? Kurzer Abschwung und danach wieder lange Zeit Wirtschaftswachstum, sagen die Optimisten. Dieses Mal ist die Lage ernster, befürchten viele. Sind das Pessimisten und wenn nicht, warum ist die Lage ernster als bei früheren Wirtschaftsabschwüngen?

- Die Bewältigung der **Corona-Krise** hat die finanziellen Reserven des Bundes und der Länder verbraucht.
- Die **Weltwirtschaft und die Wirtschaft in Deutschland schwächelt**. Lieferketten wurden gestört, zunächst wegen Corona, heute als politisches Druckmittel.
- Seit 1945 herrschte Frieden in Europa. 77 Jahre später griffen Putins Truppen die Ukraine an. Dieser **anhaltende Krieg und die Folgen sind ein fundamentaler Unterschied zu früheren Krisen**.
- Die **Sanktionen gegen Russland** haben nicht zu einer Isolation geführt. Nicht nur China hält zu Putin. Nur der Westen steht hinter der Ukraine und die übrige Welt hat „First“ die eigenen Interessen im Blick.

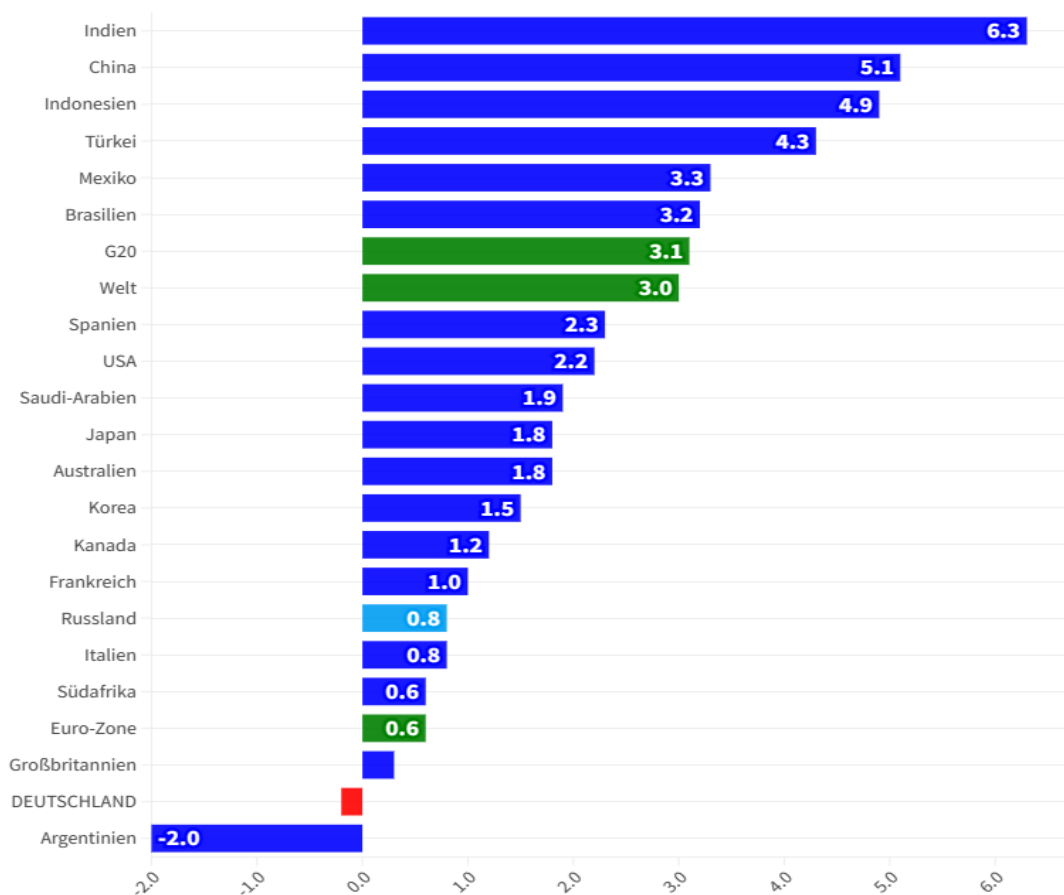
Und spätestens seit dem abgewendeten „Shutdown“ wissen wir, dass die Unterstützung durch die USA auf wackeligen Füßen steht. Auch in einigen europäischen Ländern schwindet die Bereitschaft zu Waffen- und Munitionslieferungen. Der Krieg in der Ukraine kann sich noch lange hinziehen.

- Der **Ukraine Krieg belastet den Bundeshaushalt**. Die Waffen-, Munitions- und Ausrüstungslieferungen an die Ukraine müssen finanziert werden. Nach dem Krieg muss Wiederaufbauhilfe geleistet werden.
- Das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr ist leider kein Vermögen, sondern nichts anderes als eine Kreditaufnahme für den Bundeshaushalt an der Schuldengrenze vorbei. Auch der Beitritt Deutschlands zum **"2%-Club" der NATO-Länder** wird künftige Bundeshaushalte belasten.
- Und jetzt kommt noch der **Krieg gegen Israel** dazu, mit unabsehbaren Folgen für den Nahen Osten und weit darüber hinaus. Die Welt droht aus den Fugen zu geraten!
- Die **Energiekrise** hat den Staat viel Geld gekostet. Die staatlichen Kassen sind leer. Bundesfinanzminister Lindner steht auf der Schuldenbremse und will Sparmaßnahmen quer durch den Bundeshaushalt durchsetzen. Es soll und kann nicht mehr jede Finanzierungslücke im Bundeshaushalt mit „Geld zugeschüttet“ werden.
- Der **Handlungsspielraum des Staates** ist nach vielen Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs und sprudelnder Steuereinnahmen ungewohnt stark begrenzt. Es muss gespart werden in einer Zeit, in der durch die Inflation die Kosten davonlaufen und die Einnahmen nicht mehr entsprechend sprudeln.

- Das in einer Zeit, in der immer deutlicher wird, welche katastrophalen Auswirkungen die **Klimakrise** haben wird und der dringende Handlungsbedarf nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt werden kann. Zum Handeln wird aber viel Geld benötigt.
- **Wie kommt Geld in die Kassen?** Entweder durch Sparen, also die Vermeidung von Ausgaben, durch einen höheren Verdienst bei Privatleuten oder durch höhere Steuereinnahmen in den öffentlichen Haushalten.
- Wir sind, wollen wir unseren Wohlstand erhalten, auf eine wachsende Wirtschaft angewiesen. Solange ein kräftiger wirtschaftlicher Aufschwung ausbleibt, **nagt die Inflation an unserem Wohlstand.**

OECD-Prognose Wirtschaftswachstum 2023

Veränderung Bruttoinlandsprodukt (BIP) zum Vorjahr in Prozent



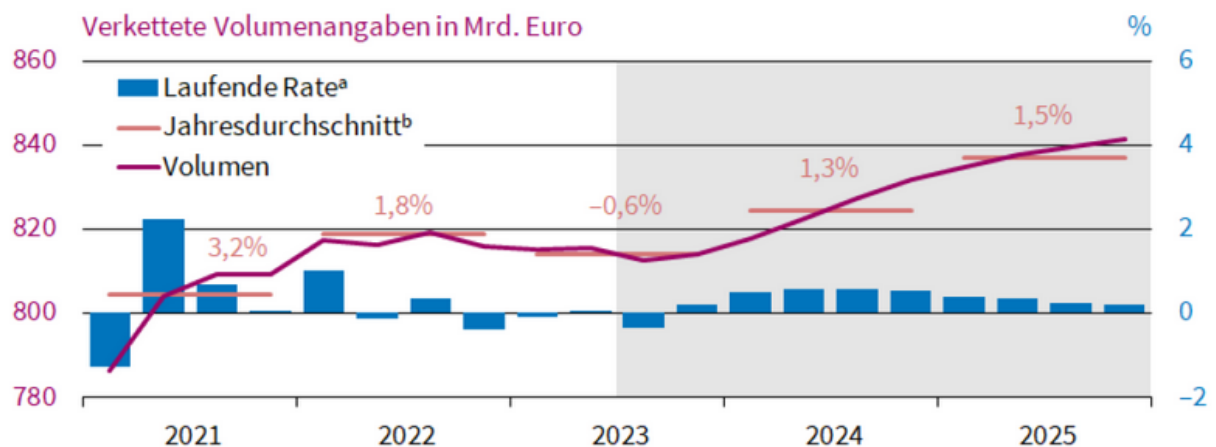
Quelle: OECD, September 2023

Wie sind die wirtschaftlichen Aussichten?

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose prognostizierte jüngst für das Jahr 2023 einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland um -0,6 %. Die Industrie und der private Konsum erholen sich nur langsam. Damit liegt Deutschland auf dem vorletzten Rang der OECD. Schlechter schneidet nur das Krisenland Argentinien ab.

Geht es dann 2024 wenigstens wieder aufwärts?

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.

^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute;
ab 3. Quartal 2023: Prognose der Institute.

© Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2023

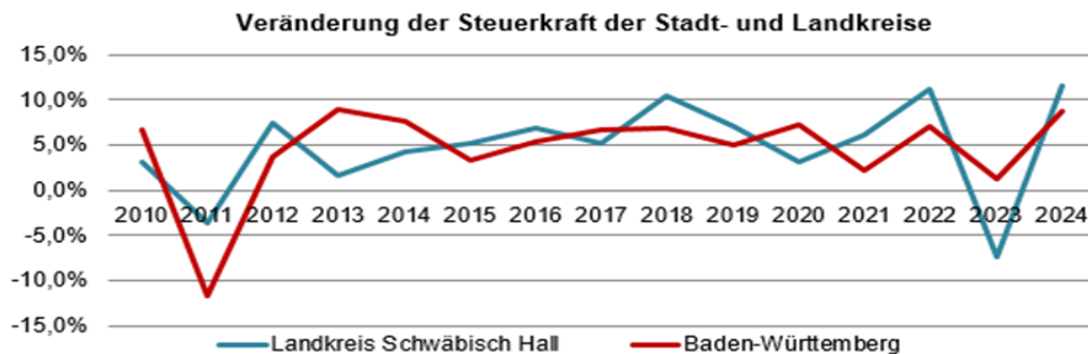
Für das Jahr 2024 rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute mit einem Wirtschaftswachstum von 1,3%.

Nach dem Abschwung soll also ein Aufschwung folgen. Aber reichen 1,3 % nächstes Jahr und voraussichtlich 1,5 % in 2025, um die öffentlichen Haushalte wieder ins Gleichgewicht zu bringen? Ich sage für den kommunalen Bereich klar und deutlich: Nein!

Ohne höhere Finanzausweisungen von Bund und Land werden die Landkreise ihre Aufgaben, insbesondere die steigenden Sozialausgaben, die Flüchtlingskrise, den Klimaschutz und gewünschten Ausbau des ÖPNV sowie die Aufrechterhaltung der stationären Gesundheitsversorgung und die dringend notwendigen Sanierungen von Landkreisgebäuden nicht mehr bewältigen können!

Wie sehen die **finanziellen Rahmenbedingungen des Kreishaushalts 2024** aus?

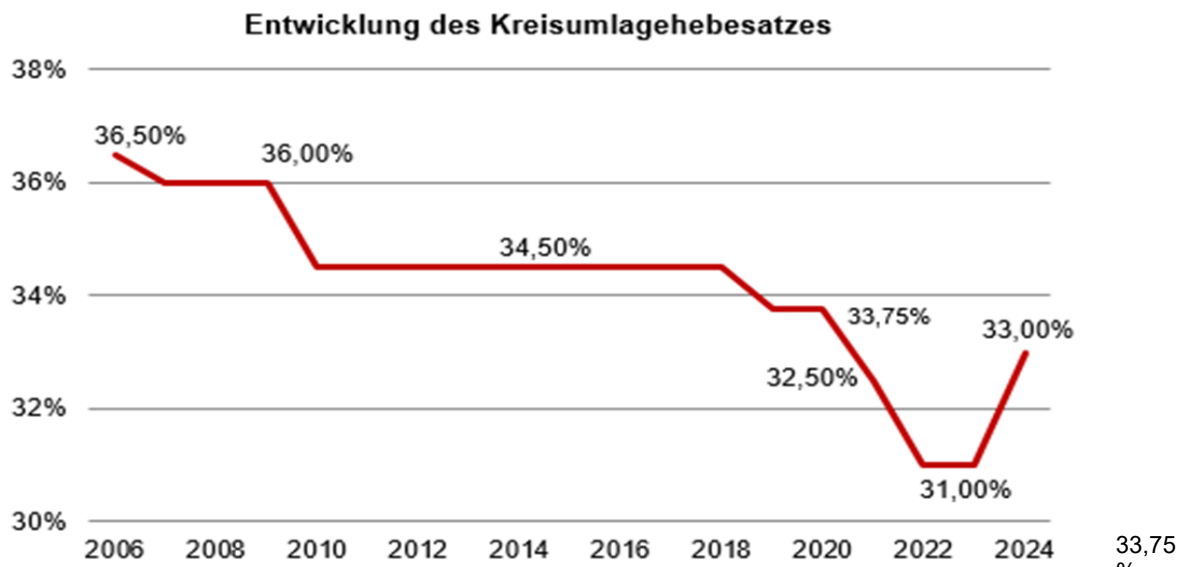
Die **Steuerkraft aller Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg** ist um 8,7 % gestiegen.



Im Landkreis Schwäbisch Hall beträgt der Zuwachs 11,5 % und liegt damit um 2,8 % über den Landesdurchschnitt.

Steuerkraftsummen der Stadt- und Landkreise				
Steuerjahr	HHPlan	LK SHA	+ / -	Land BW
2021	2023	362,7 Mio. €	- 7,3 %	+ 1,3 %
2022	2024	404,2 Mio. €	+ 11,5 %	+ 8,7 %

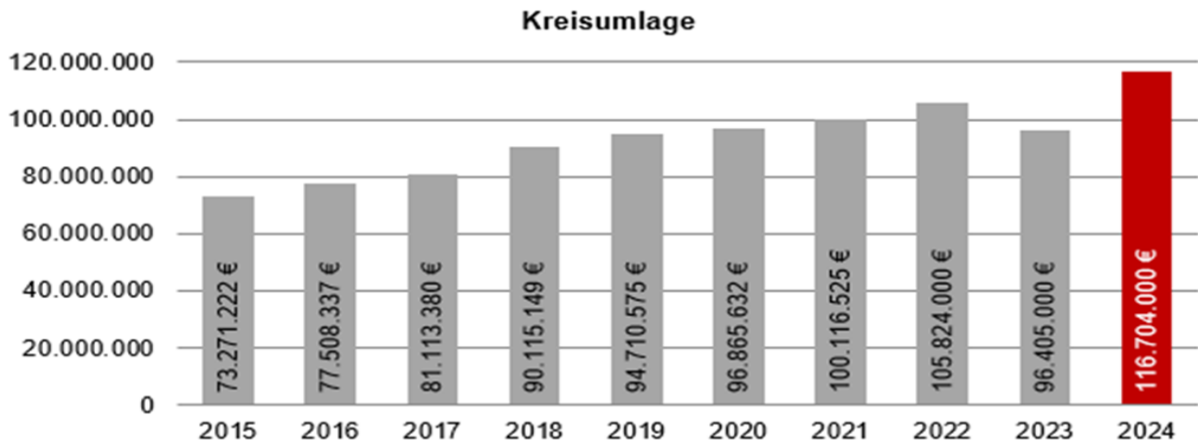
Das **Kreisumlageaufkommen** steigt bei gleichbleibendem Hebesatz um 13,2 Mio. €. Nicht schlecht, reicht aber bei weitem nicht, weil die Ausgaben viel stärker steigen.



Wir müssen Ihnen deshalb nach einer Senkung um - 1,5 % in 2021 eine **Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes um 2 %** vorschlagen und müssen trotzdem zum Ausgleich des Kernhaushalts und des Regiebetriebs Klinikimmobilien eine **Nettoneuverschuldung in Höhe von rd. 7,3 Mio. €** veranschlagen.

Kreisumlage				
HHPlan	Hebesatz	Betrag	+ / -	
2023	31,0 %	96,4 Mio. €	- 9,4 Mio. €	- 8,9 %
2024	33,0 %	116,7 Mio. €	+ 20,3 Mio. €	+ 21,1 %

Ich weiß, auch um die Finanzen der Städte und Gemeinden steht es nicht zum Besten. Alle stehen vor schwierigen Haushalten. Die Inflation und die gesetzlichen Aufgaben, die den Städten und Gemeinden auferlegt werden, sind dafür verantwortlich.



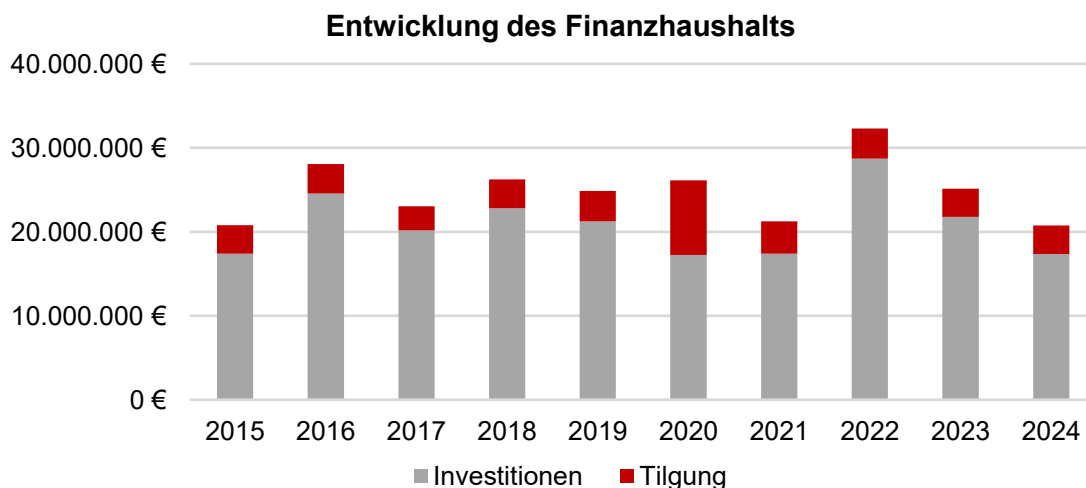
Trotzdem – wir müssen die **Kreditaufnahme in einem noch vertretbaren Rahmen halten** und wenn keine anderen Einnahmen zur Verfügung stehen, bleibt zum Haushaltsausgleich nur die Kreisumlage. Es war schon immer ein Fehler, dass die Landkreise nicht an einer **Wachstumssteuer**, wie der Umsatzsteuer beteiligt wurden. Das wird vom Deutschen Landkreistag schon lange gefordert, kann aber politisch nicht durchgesetzt werden. Auf der Einnahmenseite leidet der Kreishaushalt an der zurückgehenden **Grunderwerbsteuer**. Wir rechnen mit Mindereinnahmen von 4 Mio. €. Das ist sehr optimistisch veranschlagt. Nach dem aktuellen Stand werden wir 2023 keine 10 Mio. € Grunderwerbsteuer, wie jetzt für 2024 veranschlagt, einnehmen. Die Mehreinnahmen bei den **Erstattungen für die Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörde** von 529 T€ und 1,9 Mio. € bei den **Schlüsselzuweisungen** gleichen die Verluste bei der Grunderwerbsteuer nicht aus.

Schlüsselzuweisungen nach § 8 (FAG)			
HHPlan	LK SHA	+ / -	
2023	41,7 Mio. €	+ 4,99 Mio. €	+ 13,6 %
2024	43,6 Mio. €	+ 1,92 Mio. €	+ 4,6 %

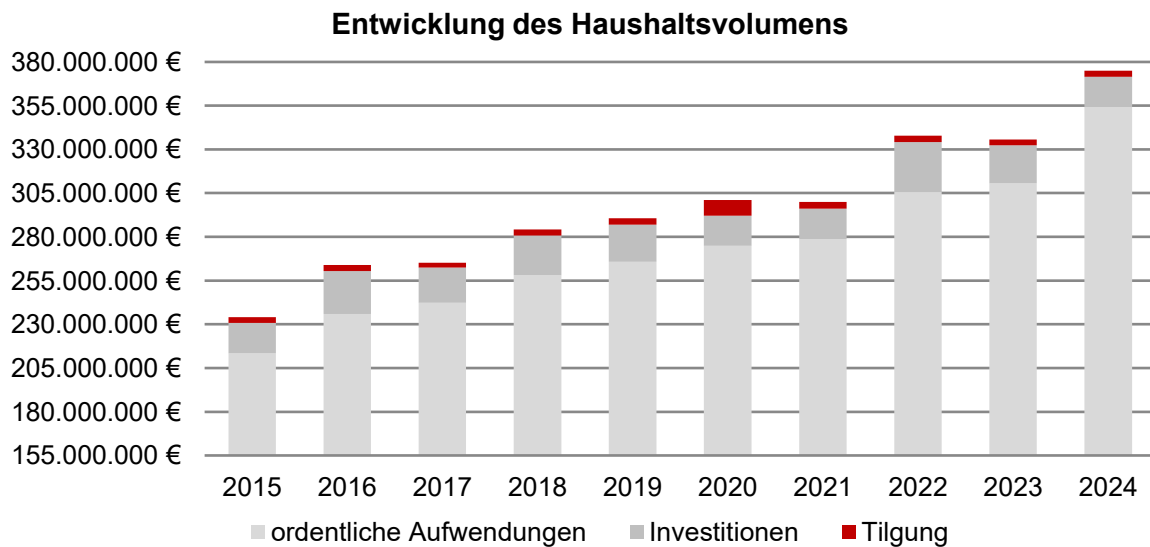
Ich komme nun zur Ausgabenseite im Kreishaushalt. Der größte Posten ist und bleibt der **Zuschuss für die soziale Sicherung**, der um 10,3 % auf ca. 122,4 Mio.€ steigt. Das sind rd. 11,5 Mio. € mehr! Zu den Gründen komme ich später.

Zuschuss für Soziale Sicherung				
Jahr	2023	2024	+ / -	
Sozialhilfe	73,45 Mio. €	79,29 Mio. €	+ 5,84 Mio. €	+ 7,9 %
Jugendhilfe	32,33 Mio. €	36,31 Mio. €	+ 3,98 Mio. €	+ 12,3 %
KVJS	0,98 Mio. €	1,02 Mio. €	+ 0,04 Mio. €	+ 4,1 %
Migration	4,15 Mio. €	5,74 Mio. €	+1,59 Mio. €	+ 38,3 %
Summe	110,91 Mio. €	122,36 Mio. €	+ 11,45 Mio. €	+ 10,3 %

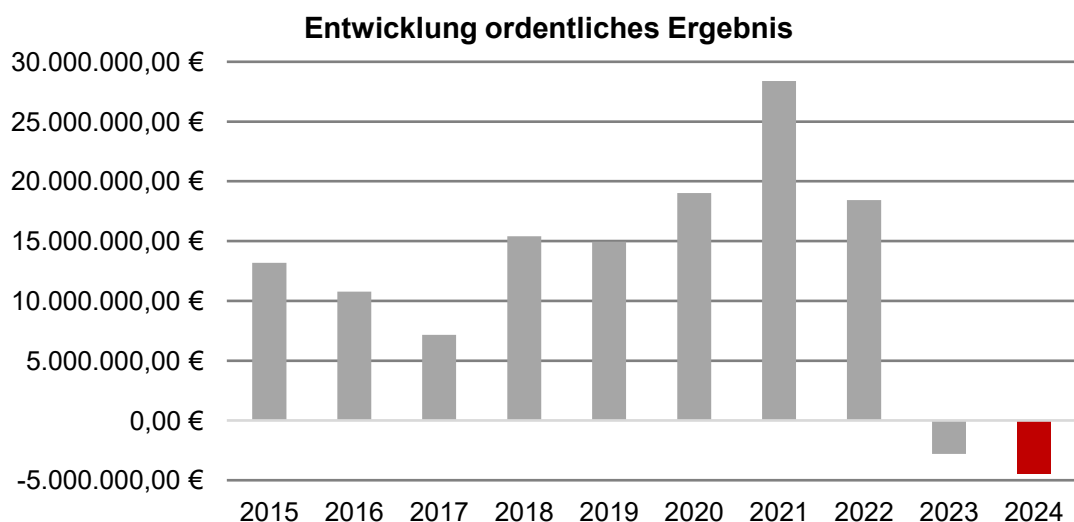
Im **Finanzhaushalt** - das ist der investive Bereich - setzen wir mit 20,7 Mio. € gegenüber dem letzten Haushalt 4,4 Mio. € weniger Mittel ein.



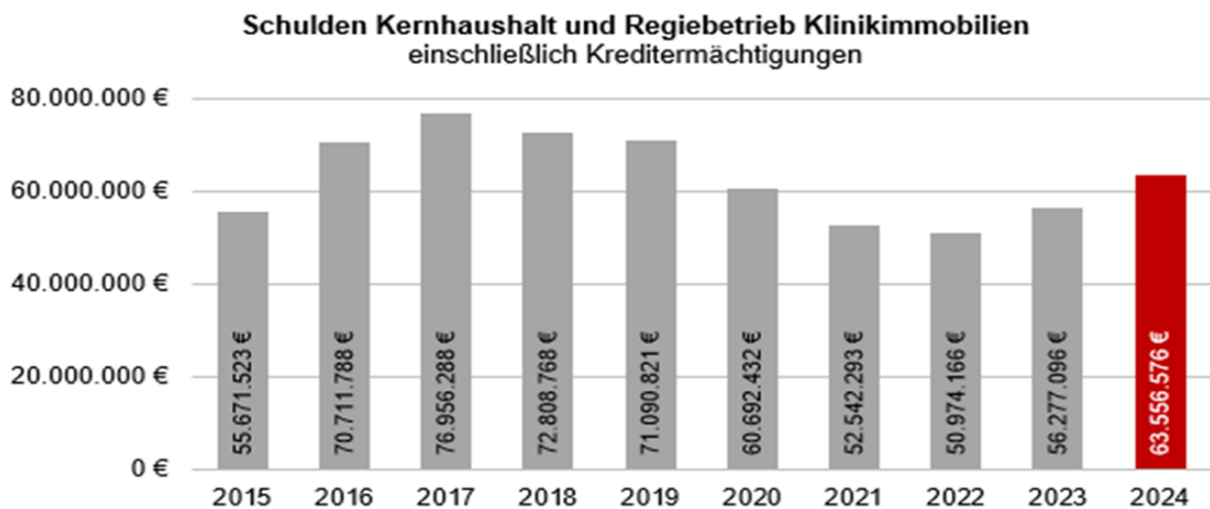
Das **Haushaltsvolumen** steigt um 39,3 Mio. € auf knapp 375 Mio. €.



Soviel zu den Rahmendaten des Haushaltsplanentwurfs. Trotz Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes und hoher Nettoneuverschuldung weist der Haushaltsplanentwurf ein **negatives Ergebnis von rd. 4,5 Mio. €** aus. Wir können damit gerade noch die Mindestliquidität erfüllen, die für die Genehmigung des Haushalts notwendig ist.



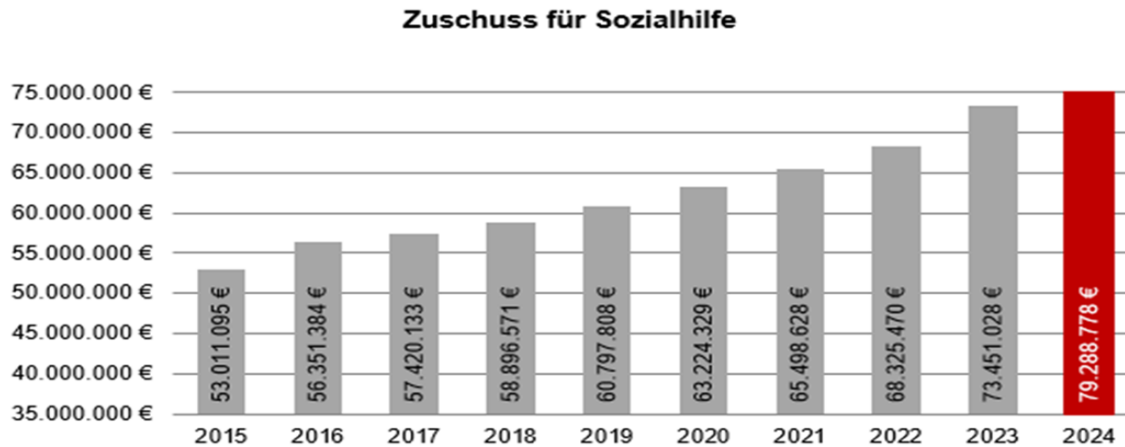
Für meinen Geschmack nehmen wir mit der im Haushaltsplanentwurf 2024 vorgesehenen **Nettoneuverschuldung in Höhe von über 7,3 Mio. €** nicht ausreichend Rücksicht auf die kommenden Generationen, die einen Teil der auf 63,4 Mio. € steigenden Schulden tilgen und für die Zinsen aufkommen müssen.



Die Alternative wäre ein noch höherer Kreisumlagehebesatz oder die Kürzung von Investitionen. Investiv stärker zurückzufahren, erhöht die **verdeckten Schulden**. Das kennen wir von den Straßen und Gebäuden. Je länger gewartet wird, umso höher wird der Sanierungsstau. Das wäre auch keine nachhaltige Finanzpolitik.

Die **Liste der anstehenden Investitionen**, die wir Ihnen auf Antrag der Fraktion FREIE vorgelegt haben, macht deutlich, was vor uns steht und die Aufstellung der Kreishaushalte 2025 ff. noch problematischer machen wird. 160 Mio. € Investitionen bis 2029 werden wir kaum schultern können. Der Kreistag wird Prioritäten setzen müssen. Manches Wünschenswerte wird zurückgestellt oder aufgegeben werden müssen.

Meine Damen und Herren,
ich komme nun zu den wichtigsten Teilhaushalten. Wie immer an erster Stelle der **Sozialhaushalt**:



In der **Sozialhilfe** planen wir für das Jahr 2024 mit einem Zuschuss von 79,3 Mio. €. Das sind 5,8 Mio. € (+ 7,9 %) mehr als in 2023.

Die Bundesregierung hat für die **Flüchtlinge aus der Ukraine** die bewährten Strukturen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aufgegeben. Seit 1.6.2022 ist das Jobcenter für alle arbeitsfähigen Geflüchteten aus der Ukraine zuständig. Sie erhalten Grundsicherung für Arbeitsuchende vom Jobcenter, jetzt mit der neuen Bezeichnung „**Bürgergeld**“. Aktuell sind rd. 2.200 Menschen aus der Ukraine im Landkreis Schwäbisch Hall untergekommen.

Es zeichnet sich ab, dass ein Großteil der aus der Ukraine geflüchteten Menschen dauerhaft, jedenfalls längere Zeit hierbleiben möchte. Wichtig ist, dass die Integration dieser Menschen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt gelingt.

Bei den langwierigen Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsabschlüsse müssen die bürokratischen Hürden dringend abgebaut werden. Die Politik spricht immer wieder darüber, jetzt soll sich etwas bewegen. Schau mer mal, was wird!

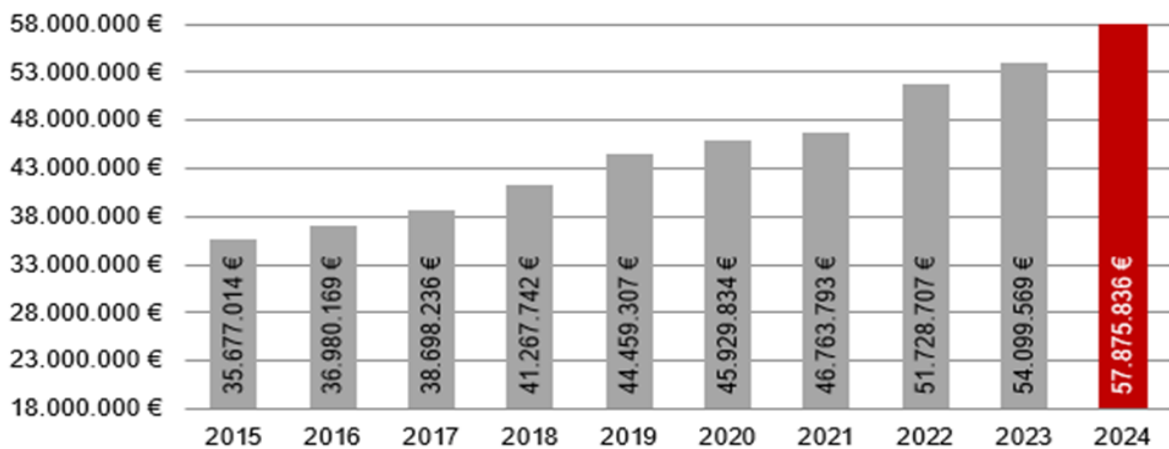
Fraglich ist, ob der Lohnabstand bei Geringqualifizierten und damit Geringverdienenden nach der Erhöhung des Bürgergeldes genügend Anreiz zur Arbeit lässt.

Größter Einzelposten im Sozialhilfeeat ist und bleibt die **Eingliederungshilfe** mit einem Zuschussbedarf von 57,9 Mio. € mit einem Plus 2024 von 3,8 Millionen € (+ 7,0 %).

Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung				
HHPlan	Fälle	Zuschuss	+ / -	
2023	2.350	54,1 Mio. €	2,4 Mio. €	+ 4,6 %
2024	2.164	57,9 Mio. €	3,8 Mio. €	+ 7,0 %

Die Übergangsphase zur Umsetzung des BTHG endet am 31.12.2023. Dank des Engagements meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der konstruktiven Zusammenarbeit mit unseren Einrichtungen sind unsere Verhandlungen schon weit vorangeschritten. Ich bin zuversichtlich, dass wir bis zum Ende des Jahres - als einer der ersten Landkreise – alle Vereinbarungen abschließen werden.

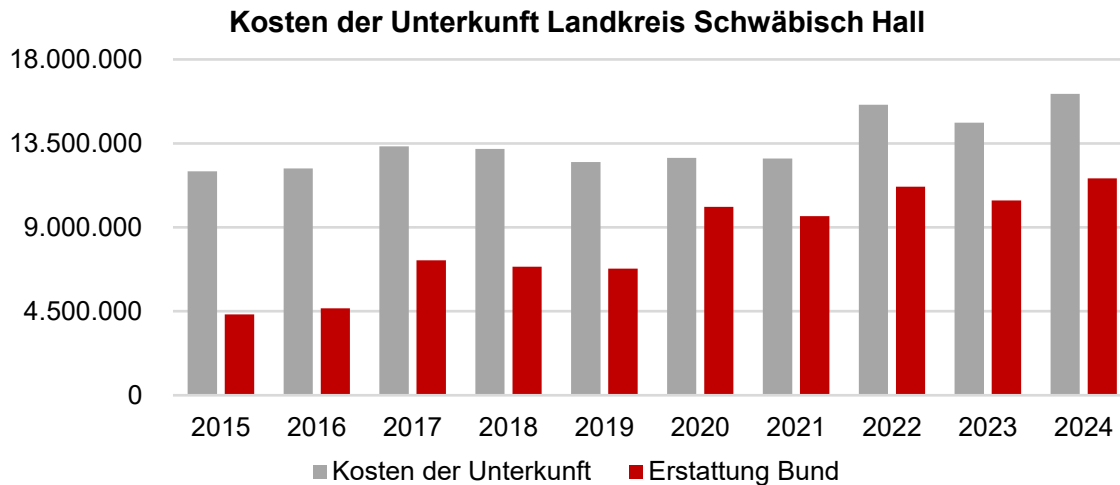
Zuschuss Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen /
Bundesteilhabegesetz (BTHG)



Belastbare Aussagen zu den tatsächlichen Aufwendungen werden erst vorliegen, wenn die **individuellen Bedarfe der Menschen mit Behinderung** erhoben und in der Praxis umgesetzt sind. Dies wird nicht vor Anfang 2025 der Fall sein, da für die Bedarfserhebung ein 40-seitiges Formular (BEI-BW) in regelmäßigen Abständen – zusammen mit den Menschen mit Behinderungen – bearbeitet werden muss. Das Einfacher zu machen wäre eine lohnende Aufgabe für den **Normenkontrollrat für Bürokratieabbau**. Ich sage auch hier: „schau mer mal!“, zugegeben - mit zweifelndem Unterton. Klar ist aber: die Ausgaben steigen deutlich!

Das BTHG wurde 2016 beschlossen und holt uns jetzt ein. Damit wir uns richtig verstehen: Die Umsetzung der Inklusion auf Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention war richtig. Was ich kritisiere, ist **der typische deutsche Perfektionismus**, der einen riesigen personellen Einsatz erfordert und die Ausgaben in die Höhe treibt.

Bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende, jetzt **Bürgergeld**, gehen wir aufgrund des stabilen Arbeitsmarktes von keiner Erhöhung der 3.300 Bedarfsgemeinschaften aus. Wir müssen aber mit einer Steigerung der Ausgaben für Unterkunft und Heizung rechnen.



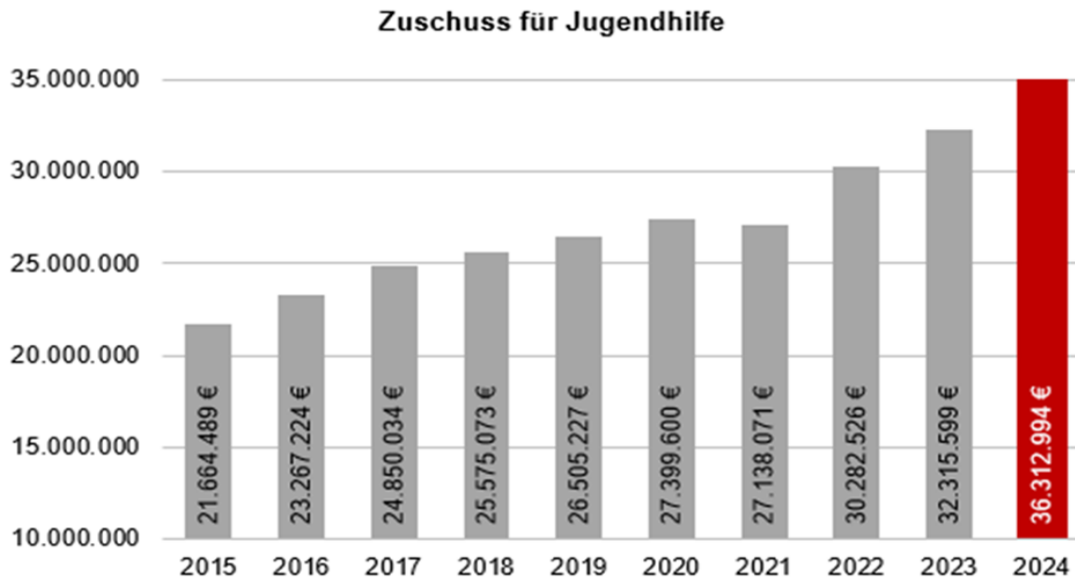
Der Wohnungsmarkt im Landkreis ist sehr angespannt. Die Mieten steigen, weshalb das sog. „Schlüssige Konzept“ fortgeschrieben werden muss. Herauskommen wird voraussichtlich eine Anhebung der Mietobergrenzen.

Erwartet werden Mehrausgaben in Höhe von ca. 500.000 € bei einer Beteiligung des Bundes von weiterhin 71,9 %.

Grundsicherung für Arbeitsuchende – Anteil Landkreis				
HHPlan	Fälle	Zuschuss	+ / -	
2023	3.300	4,2 Mio. €	-0,2 Mio. €	- 4,8 %
2024	3.300	4,7 Mio. €	+ 0,5 Mio. €	+ 11,6 %

Nun zur **Jugendhilfe**:

Der Zuschuss für die Jugendhilfe beträgt 36,3 Mio. € und liegt damit um rd. 4 Mio. € (+ 12,3 %) über dem Haushaltsansatz 2023.



Die größten Positionen im Jugendhilfehaushalt sind dabei weiterhin die Leistungsausgaben für **Hilfen zur Erziehung**, **Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche** sowie die **Hilfe für junge Volljährige**.

Zuschüsse für Jugendhilfe				
Jahr	2023	2024	+ / -	
Hilfe zur Erziehung	13,8 Mio. €	15,4 Mio. €	+ 1,6 Mio. €	+ 11,6 %
Eingliederungshilfe*/ Hilfe für junge Volljährige	7,9 Mio. €	9,2 Mio. €	+ 1,2 Mio. €	+ 15,5 %
Sonstige Hilfen**	10,6 Mio. €	11,8 Mio. €	+ 1,2 Mio. €	+ 10,9 %
Summe	32,3 Mio. €	36,3 Mio. €	+ 4,0 Mio. €	+ 12,3 %

* für seelisch behinderte Kinder

** Unterhaltsvorschusskasse, Tageseinrichtungen für Kinder

Die Anzahl der Kindeswohlgefährdungen nimmt kontinuierlich zu. Nicht nur bei uns, sondern landesweit. Die **ambulanten Hilfen** müssen deshalb weiter ausgebaut werden. Uns ist dabei besonders wichtig, präventiv in den ambulanten Bereich zu investieren, um so eine Heimunterbringung der Kinder möglichst zu vermeiden. Wir planen hier mit einem Zuschussbedarf von 4,8 Mio. € (+ 680 T€ im Vergleich zum Vorjahr).

Auch die Zahl der **unbegleiteten Minderjährigen Ausländer (UMA)** steigt rasant. Die Versorgung der UMAs stellt uns vor kaum mehr zu bewältigende Herausforderungen. Ende September 2022 lag die vom Land vorgegebene Aufnahmequote des Jugendamtes Schwäbisch Hall bei 41 UMAs, Anfang September 2023 bei 86 UMAs. Mehr als eine Verdoppelung innerhalb eines Jahres.

Wir konnten die minderjährigen Flüchtlinge in angemieteten Wohnungen unterbringen. Für die Betreuung fehlen Fachkräfte - auch bei den freien Trägern. Mit vereinten Kräften geht`s trotzdem noch halbwegs.

Immer mehr Kinder und Jugendliche im Landkreis benötigen eine **Schulbegleitung**. Wir müssen deshalb den Planansatz um 500 T€ auf 3,0 Mio. € erhöhen. Die Landeserstattung stagniert seit Jahren bei einem Betrag von 350.000 €. Die Landkreise sind der Ausfallbürge für die inklusiven Leistungen, die notwendig sind, damit die Schüler den Schulalltag bewältigen können. Unterricht ist ganz bestimmt nicht die Aufgabe des Landkreises. Das überhören die Kultusministerinnen schon seit Jahren.

Mit dem **Kinder- und Jugendstärkungsgesetz** (KJSG), das 2021 vom Bundestag beschlossen wurde, kommen neue Aufgaben auf das Jugendamt zu. 2024 muss verpflichtend ein „**Verfahrenslotse**“ installiert werden. Diese Stelle dient dem Ziel, Hilfen für Kinder mit und ohne Behinderungen aus einer Hand zu gewähren. Das ist aber nur ein erster Schritt. Ähnlich wie beim Bundesteilhabegesetz wird in den nächsten Jahren zusätzliches Fachpersonal im Jugendamt notwendig werden und die Leistungsausgaben werden ansteigen.

Das vom Bundeskabinett beschlossene **Kindergrundsicherungsgesetz** geht nun in die parlamentarische Beratung.

Der Deutsche Landkreistag lehnt diesen Entwurf des Kindergrundsicherungsgesetzes ab. Das Ziel, eine für die Familien einfachere und leichter verfügbare Leistung zu gewähren, wird nicht erreicht. Da die Kindergrundsicherung nicht bedarfsdeckend ist, wird der Aufwand für bedürftige Familien und für die Behörden nicht reduziert, sondern sogar erhöht. Damit bedürftige Familien die Leistungen weiterhin aus einer Hand erhalten, sollte die Kindergrundsicherung nicht, wie geplant über eine neue als „Familienservice“ bezeichnete Behörde der Bundesanstalt für Arbeit, sondern weiterhin ortsnah von den Jobcentern gewährt werden. Dies macht Sinn mit Blick auf die vielfältigen Leistungen des Bildungspakets, die größtenteils weiterhin von den Kommunen gewährt werden sollen. Die politische Diskussion wird weitergehen!

Ein weiteres Gesetz, das **Ganztagsförderungsgesetz** (GaFöG) garantiert Eltern einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Schülern in Grundschulen. Das Gesetz soll zum Schuljahr 2026/27 stufenweise umgesetzt werden.

In erster Linie eine Aufgabe der Städte und Gemeinden, was die Bereitstellung von Räumen betrifft. Wie die Betreuung der Schüler sichergestellt werden soll, ist nicht nur mir ein Rätsel. Die Eltern hören Rechtsanspruch und erwarten, dass die Versprechungen der Politik umgesetzt werden. Der Rechtsanspruch richtet sich auch noch gegen die Landkreise! Wie soll das gehen?

Ich befürchte, auch administrativ wird einiges auf das Jugendamt zukommen.

Ich komme ich nun zum **Gesundheitsamt**, in dem die Personalsituation angespannt bleibt:

Hauptproblem bleibt der **Ärztmangel** Von 12,2 Arztstellen sind gerade einmal 4,3 besetzt. Das Durchschnittsalter der Amtsärztinnen und Amtsärzte liegt bei 56 Jahren. Zum Ausgleich mussten freie Ärztstellen mit Mitarbeitern ohne humanmedizinische Berufsausbildung besetzt werden. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten gute Arbeit, können aber Mediziner nicht vollständig ersetzen. Der Landkreis befindet sich hier im gleichen Dilemma wie zunehmend mehr Gemeinden bei der hausärztlichen Versorgung.

Nun zur dritten Säule der sozialen Sicherung: **Migration**



Für Personen in der **vorläufigen Unterbringung** erhält der Landkreis im Jahr 2024 zunächst wieder eine pauschale Kostenerstattung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz. In der Spitzabrechnung werden später die restlichen Kosten vom Land erstattet.

Nur ein geringer Teil der geflüchteten Menschen wird als Flüchtling anerkannt. Der größte Teil bleibt dauerhaft in der Duldung und damit im Bezug von **Asylbewerberleistungen**, auch während der Anschlussunterbringung in den Städten und Gemeinden. Das Land erstattet den angefallenen jährlichen Nettoaufwand abzüglich eines Kommunalen Sockelbetrags. Deshalb bleibt ein Defizit von voraussichtlich 5,7 Mio. €.

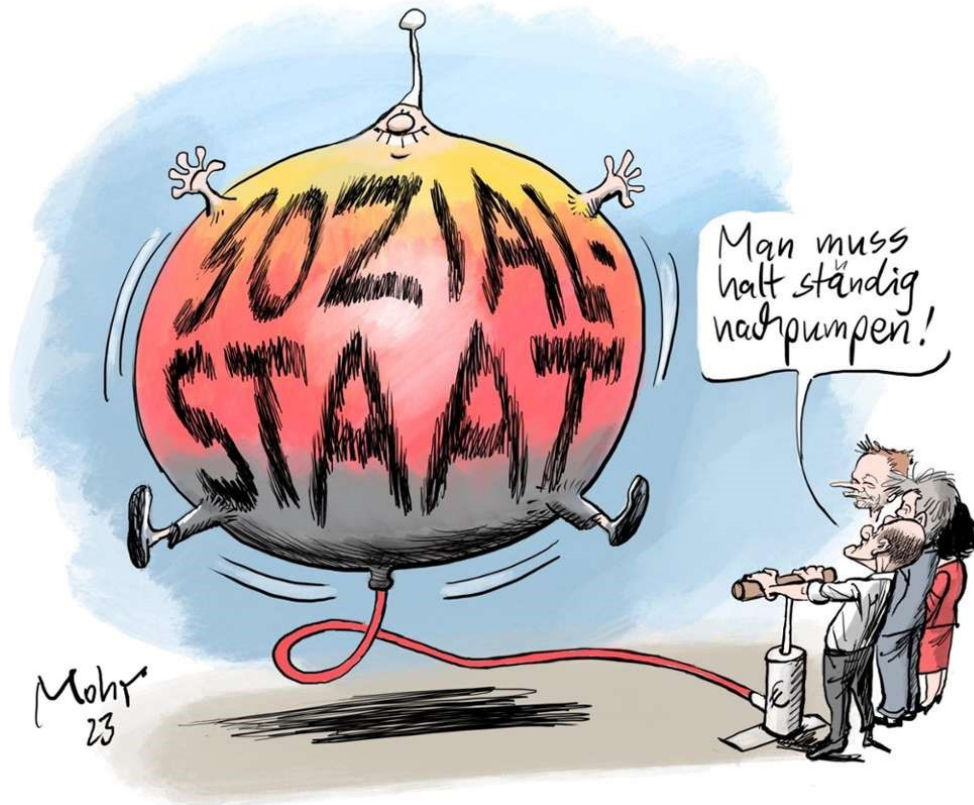
Die **steigenden Flüchtlingszahlen**, aktuell 1.090 Asylbewerber und 2.375 Flüchtlinge aus der Ukraine bringen unsere Aufnahmekapazitäten an die Grenzen.

1.272 Geflüchtete sind in der vorläufigen Unterbringung des Landkreises, der größte Teil aus Syrien, der Türkei, Afghanistan und der Ukraine. Das gilt auch für die Kapazitäten der Gemeinden, die nach 24 Monaten für die Anschlussunterbringung der Asylbewerber und nach spätestens 6 Monaten für die Anschlussunterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine sorgen müssen.

Die aktuelle politische Diskussion ändert so schnell nichts an unseren **Schwierigkeiten zur Unterbringung und sozialen Betreuung der Flüchtlinge**. Bis die Maßnahmen wirken, die jetzt ergriffen werden sollen und über die noch diskutiert wird, wie der Grenzschutz und Migrationsabkommen, Asylverfahren in Aufnahmeeinrichtungen an den Grenzen, schnelle Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern und Stopp oder Reduzierung der Aufnahmeprogramme, vergeht noch viel Zeit. Wir finden kaum noch Räumlichkeiten und wenn, dann stoßen wir teilweise auf massive Widerstände aus den Gemeinderäten und der Bevölkerung. Der Unmut ist verständlich. Nur, was ist die Alternative, wenn uns das Land trotzdem Flüchtlinge zuweist, der Bus vor dem Landratsamt steht und der Landkreis alle Plätze in seinen Unterkünften belegt hat?

Uns bleibt nichts anders übrig, als konsequent in die Anschlussunterbringung bei den Städten und Gemeinden zu verlegen und, wenn diese Möglichkeit ausgereizt ist, Hallen zu beschlagnahmen. Ich weiß, niemand will das hören. Eine andere Lösung hat aber niemand parat! Umso mehr Flüchtlinge im Landkreis ankommen, umso mehr Personal brauchen wir für die Betreuung der Flüchtlinge. Den von der Landesregierung vorgegebenen Betreuungsschlüssel von einem Sozialpädagogen für 90 Flüchtlinge, können wir schon lange nicht mehr erfüllen. Das gibt der Arbeitsmarkt nicht her.

Zum Schluss des Kapitels Soziales zeige ich Ihnen eine Karikatur aus der Stuttgarter Zeitung, die das Problem ohne weitere Worte deutlich macht:

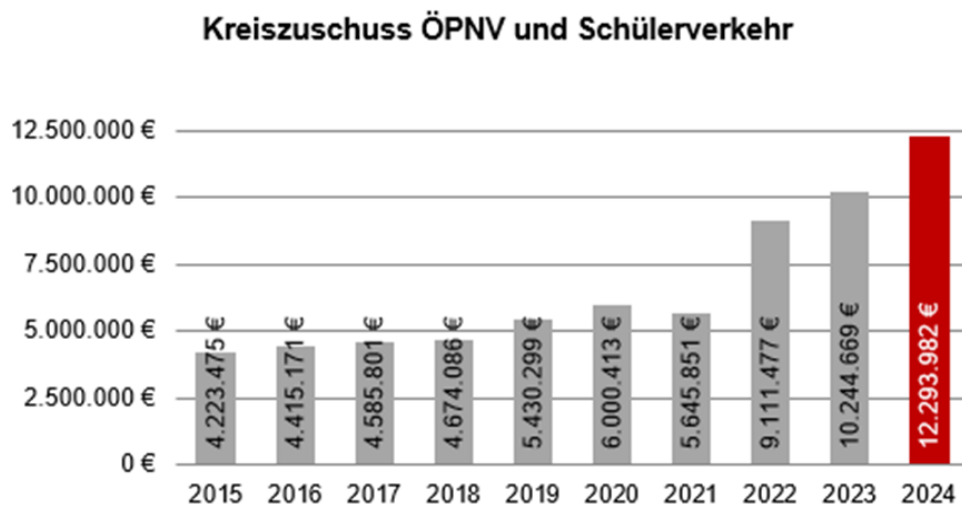


Bildquelle: Stuttgarter Zeitung

Ich komme nun zum **ÖPNV**. Ein Thema, das im Zusammenhang mit dem Klimaschutz immer drängender wird, bei dem wir aber, wenn sich die kommunalen Haushalte nicht verbessern, auch an die Grenzen der Finanzierbarkeit stoßen.

Das zeigt ganz deutlich der Streit zwischen Bund und Ländern über die Finanzierung des **Deutschlandtickets**. Wenn der Bund die hälftige Finanzierung der Mehrkosten ab 2024 weiterhin verweigert, droht zum Jahresende das Aus oder eine Preiserhöhung, die viele Nutzer abschrecken wird.

Die größten Risiken bei der Planung des ÖPNV-Budgets sind die Energiepreisentwicklung und die Gehaltstarifsteigerungen. Auch die Verbesserung des ÖPNV kostet viel Geld und wird uns künftig noch viel mehr Geld kosten. Im Haushaltsplanentwurf rechnet unser Amt für Mobilität mit einem Anstieg des Kreiszuschusses für ÖPNV und Schülerverkehr um rd. 2 Mio. € auf 12,3 Mio. €. In der Finanzplanung bis 2029 wird der Kreiszuschuss auf 18 Mio. € ansteigen. Dabei geht es nicht um ein Wunschkonzert, sondern nur um die Aufrechterhaltung der Regiobusse und den Ausbau des Rufbus-Systems, die Taktung des Verkehrsangebotes mit stündlichen Verbindungen und das JugendticketBW im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket.



Die Gesamtkosten für die standardisierte Bewertung und der Vorplanung der **Elektrifizierung der Hohenlohebahn** werden ca. 2,3 Mio. € betragen. Der Kostenanteil für den Landkreis Schwäbisch Hall beträgt voraussichtlich 550.000 €. In 2024 sind 200.000 € eingeplant.

Zugausfälle, Verspätungen, Verpassen der Anschlussverbindungen - täglich droht ein Bahnchaos. Das ist traurige Realität und schnelle Besserung aufgrund des Investitionsstaus bei der Bahninfrastruktur und dem Personalmangel nicht absehbar!

Jetzt zur Abwechslung Erfreulicheres. Der **Breitbandausbau** läuft wie geschmiert:

- Weiße Flecken, Inbetriebnahme in 2025, Kosten ca. 270 Mio. €
- Hellgraue Flecken, Inbetriebnahme voraussichtlich in 2026/2027, Kosten ca. 150 Mio. €
- Dunkelgraue Flecken, Inbetriebnahme voraussichtlich in 2027/2028, Kosten ca. 110 Mio. €
- Monatliche Ausgaben derzeit zwischen 8 bis 13 Mio. €, bisher verbaut ca. 90 Mio. €.

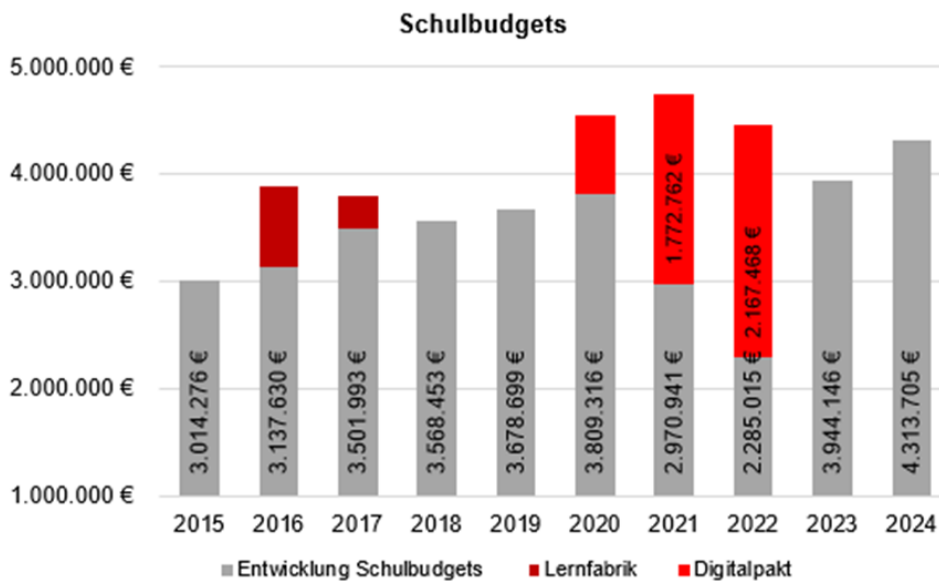
Alles abzüglich ca. 90 % Förderung von Bund und Land. Hier haben unsere Städte und Gemeinden und der Landkreis mit der Gründung des Zweckverbandes rechtzeitig auf das richtige Pferd gesetzt. Im Haushaltsplanentwurf sollen 1,2 Mio. € für den Backbone-Ausbau bereitgestellt werden.

Im Bereich der **Wirtschaftsförderung** ist auch sonst viel in Bewegung. Eine externe Strategieentwicklung, die von Kreisräten bei Begleitsitzungen mitgestaltet wurde, kommt zum Ergebnis, jährlich 320.000 € für die WFG im Kreishaushalt vorzusehen, damit diese die Themenfelder Unternehmensservice, Arbeitskräftesicherung und Gewerbeflächenentwicklung stärker bearbeiten kann.

Auch das Thema Standortmarketing dürfen wir nicht aus den Augen zu verlieren. Im Haushaltsplanentwurf wurden noch keine Mittel eingestellt, weil die Expertise zunächst im Ausschuss für Verwaltung und Finanzen und dann im Dezember im Kreistag vorgestellt werden soll.

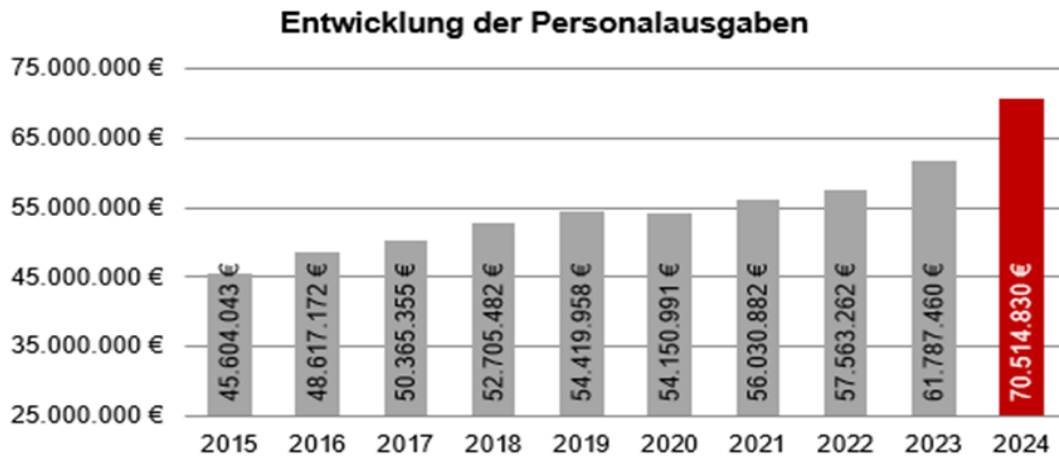
Ich komme nun zu unseren Schulen:

Der **Schuletat** in Höhe von 4,3 Mio. € wurde wieder mit allen Schulleitern abgestimmt.



Die **Fröbelschule** wird nächstes Jahr ein Thema sein. Ich hatte in der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Schulen darum gebeten, dass die Fraktionen sich entscheiden müssen, ob der Standort Ellrichshausen aufgegeben werden soll oder ob dort um- und angebaut werden soll. Eine Schulschließung müsste ggf. beim Regierungspräsidium beantragt werden.

Nun komme ich zum zweitgrößten Bereich des Ergebnishaushalts, dem **Personalhaushalt**.



In diesem Jahr hatten wir einen Rekord bei der Steigerung der Personalkosten. Dieser wird im nächsten Jahr nochmal deutlich übertroffen. Die Personalkosten steigen im kommenden Jahr auf über 70 Mio. € an. Das sind ca. 8,7 Millionen Euro mehr als im letzten Jahr und ergibt eine Steigerung von über 14 %. Die Steigerung resultiert vor allem aus allgemeinen Tarif- bzw. Besoldungserhöhungen, Inflationsausgleichszahlungen, Stufenaufstiegen, neu geschaffenen Stellen und der Zahlung von neuen Fachkräfte- und Arbeitsmarktzulagen, ohne die wir unser Fachpersonal im technischen Bereich nicht halten können.

Es erfolgte eine pauschale Kürzung des Personalbudgets um 2,1 Mio. €, weil viele Stellen nicht zeitnah nachbesetzt werden können oder Personen aus der Lohnfortzahlung fallen.

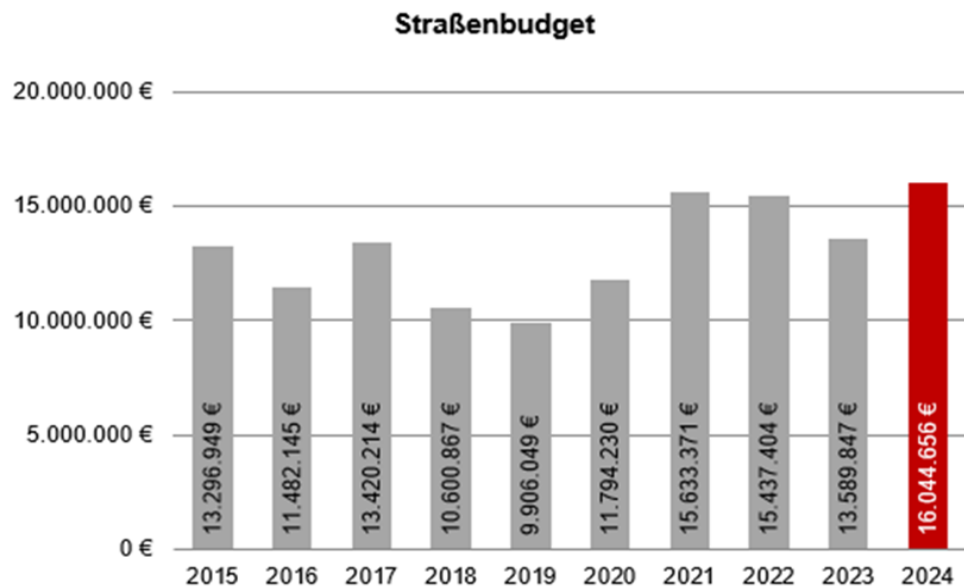
Der **Stellenplan 2024** umfasst insgesamt 1.083 Planstellen, eine Erhöhung um 26,6 Stellen im Vergleich zum Haushaltsjahr 2023. Die hohen Flüchtlingszahlen und weitere gesetzliche Aufgaben spiegeln sich in unserem Stellenplan wieder. Allein sechs Stellen sollen im Bereich Flüchtlingssozialarbeit geschaffen werden. Zusätzliche Bedarfe gibt es im Bereich Jugendamt, Asylbewerberleistungen, Ausländerrecht, bei den Hausmeistern in den Unterkünften u.v.m.

Der Personalmangel bleibt ein Dauerbrenner!

Die Ausbildung führen wir auf gleich hohem Niveau, wie in den letzten Jahren fort.

Damit bin ich mit der Vorstellung der wichtigsten Ansätze im Ergebnishaushalt am Ende und komme zu den **Investitionen im Finanzhaushalt** mit einem Gesamtvolumen von 17,4 Mio. € und rd. 3,4 Mio. € Darlehenstilgung, insgesamt 20,7 Mio. €.

Größter Posten sind die **Kreisstraßen**.



Das **Straßenbudget** beträgt 16 Mio. € und teilt sich auf in 6,05 Mio. € für Umbau- und Deckenverstärkungsmaßnahmen, die im Finanzhaushalt veranschlagt sind.

Im Ergebnishaushalt wurden rd. 2 Mio. € für Deckenerneuerungen und andere Erhaltungsmaßnahmen veranschlagt. Das übrige Straßenbudget wird für den laufenden Unterhaltungsaufwand, Gerätebeschaffungen und den Personalaufwand benötigt.

Das im Jahr 2016 beschlossene **Kreisstraßenbauprogramm** wird mit den Planansätzen und Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplanentwurf 2024 abgeschlossen. Das in der letzten Kreistagssitzung beschlossene neue Kreisstraßenbauprogramm kann somit in 2025 starten.

Erfreulich sind die Fortschritte bei der **Sanierung der Landesstraßen**. Seit 2019 wickelt unser Straßenbauamt Sanierungsmaßnahmen für das Land ab. So konnten mit 17,3 Mio. € Landesmitteln rd. 60 km Landesstraßen saniert werden. Ich spreche erneut ein großes Lob für unser Straßenbauamt aus!

Für den **Radverkehr** wurden 510.000 € veranschlagt.

Das **Gebäudebudget** beträgt 3,5 Mio. € und schrumpft damit gegenüber dem Vorjahr um 8,1 Mio. €. Ein Kürzertreten bei den Investitionen ist notwendig, um die durch den Personalmangel im Fachbereich Technisches Gebäudemanagement entstandene Rückstände abzubauen.

Für die Investitionen zur Sanierung der Landratsämter in Schwäbisch Hall und in Crailsheim wurden Verpflichtungsermächtigungen gebildet. Nächstes Jahr steht zunächst einmal die Vergabe der Planungsleistungen an. Eine Teilfinanzierung ist mit übertragenen Restmitteln möglich.

Die Abwicklung des Erweiterungsbaus, des Hubschrauberlandeplatzes und Sanierungsmaßnahmen im Altbau des Klinikums sind im Wirtschaftsplan des Regiebetriebs Klinikimmobilien abgebildet. Der Kreiszuschuss beträgt 2,5 Mio. € und die Kreditermächtigung 4,0 Mio. €.

Meine Damen und Herren Kreisräte,
die **Krankenhausfinanzierung** ist ein Trauerspiel. Die Bundesregierung lässt die Krankenhäuser gegen die Wand fahren. Was die Krankenhausreform bringen wird, wissen wir noch nicht so genau. Fest steht aber, dass die bis dahin auflaufenden Defizite gewaltig sein werden. Das aktuelle Defizit aller Krankenhäuser in Deutschland beträgt sage und schreibe 8,9 Milliarden € und nimmt um 572.000 € pro Stunde zu!

Wie sollen bisher entstandene und künftige Energie- und Sachkostensteigerungen deutlich über 10 % und nächstes Jahr Personalkostensteigerungen nochmals über 10 % mit nur 4 % Erlössteigerung finanziert werden? Ohne **Inflationsausgleich** kommen die Krankenhäuser nicht aus dem Defizit. Will Minister Lauterbach den kalten Strukturwandel? Wer sein Krankenhaus behalten will, muss immer höher werdende Defizite tragen. Das ist Sprengstoff für die kommunalen Haushalte!

Wir haben uns schon fast an das **Defizit für das Klinikum Crailsheim** gewöhnt. Aber nicht an einen Anstieg auf 8,9 Mio. € und mehr, wenn aus Berlin weiterhin nichts kommt und der Landesbasisfallwert weiterhin die Preissteigerungen nicht im Entferntesten ausgleicht. Die Schere zwischen Erlösen und Aufwand wird dann immer weiter auseinandergehen. Auch das DIAK kämpft mit diesen Schwierigkeiten.

Klar ist für mich: Wir brauchen zwei Krankenhäuser im Landkreis mit **Notfallversorgung rund um die Uhr**. Sonst kann in unserem Flächenlandkreis der **Rettungsdienst** nicht mehr mit den gesetzlich vorgegebenen Hilfsfristen gewährleistet werden.

Nicht nur die stationäre Gesundheitsversorgung ist gefährdet. Auch die **ambulante Versorgung** kommt immer mehr ins Schwanken.

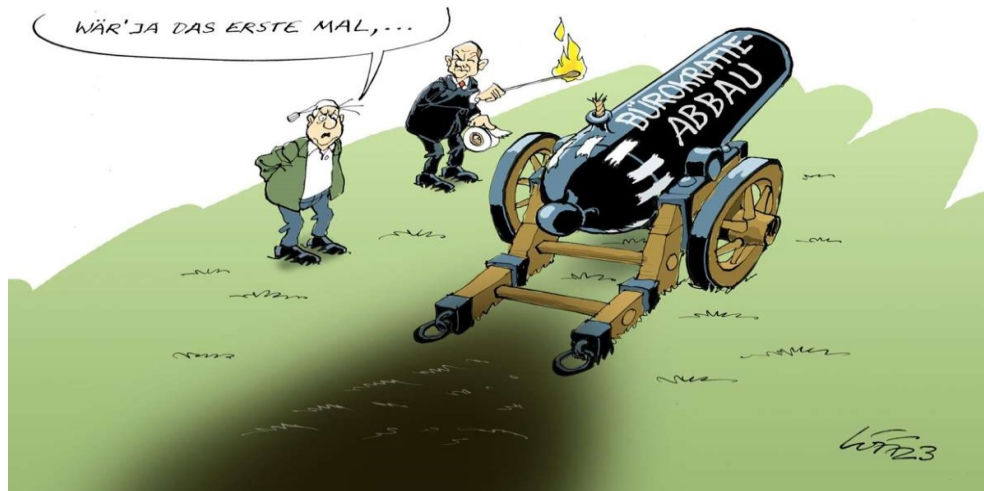
Der bundesweite **Ärztestreik** sorgte für Unverständnis beim Bundesgesundheitsminister. In den Medien kritisiert Lauterbach die Schließung der Praxen scharf. „Im Mittel verdienen die Ärzte nach Abzug aller Kosten um die 230.000 € pro Jahr. Soll da der Beitragssatz für Arbeitnehmer steigen?“. Ich frage: Alles wird teurer, nur der Krankenkassenbeitrag darf nicht weiter steigen?

Was sagt ein Hausarzt, der wesentlich weniger verdient, zu solchen Äußerungen? Wir werden erleben, dass weitere Allgemeinarztpraxen schließen. Die ärztliche Versorgung wird immer schwieriger. Oder löst sich das Problem von selbst, indem Krankenhäuser schließen und Ärzte dann in die Niederlassung gehen?

Uns allen muss aber klarwerden, was da geschieht. Es geht jetzt nicht mehr nur um die Erhaltung des Klinikums in Crailsheim, auch das Diak hat große Probleme und es geht nicht mehr nur um einzelne Kreisgemeinden, die den Hausarzt verloren haben!

Wann erkennt die Bundesregierung, dass die Gesundheitspolitik so nicht funktionieren kann? Wir brauchen Reformen, aber wir brauchen vorher einen **Gesundheitspakt**, mit dem die Finanzierung unseres Gesundheitssystems abgesichert und ein planloser kalter Strukturwandel verhindert wird!

Bundeskanzler Scholz rief vor kurzem einen **Deutschland-Pakt** aus und rief die Opposition zur Zusammenarbeit auf. Deutschland muss unkomplizierter, weniger bürokratisch werden. Alle staatlichen Stellen sollten mehr Tempo und Mut zeigen, um das Land von Grund auf schneller, moderner und sicherer zu gestalten. Fragt sich nur wie und wann kommt das in den unteren Ebenen der Verwaltung an? Auch dazu eine Karikatur aus der Stuttgarter Zeitung, die keiner weiteren Worte bedarf:



Bundeskanzler Scholz spricht ein Machtwort – **Deutschland gibt Asylblockade in der EU auf**. Ist damit der Weg zur Neuordnung der europäischen Asylpolitik wirklich frei? Einigt sich Europa auf eine gemeinsame Asylpolitik? Können wir den Flüchtlingsstrom aufhalten? Findet die Politik in Berlin Mehrheiten für Einschränkungen, die Deutschland für Flüchtlinge weniger Anreiz bieten? Mit dem Rechtskreiswechsel für Flüchtlinge aus der Ukraine wurde bisher die gegenteilige Politik betrieben. Solange die Sozialleistungen in Deutschland höher als in anderen europäischen Ländern sind, bleibt Deutschland das bevorzugte Ziel für Migration. Hilft die Umstellung auf Sachleistungen? Es braucht hierfür die Vorgabe der Landesregierung. Dann setzen wir das um! Werden die Arbeitsbeschränkungen für Flüchtlinge gelockert? Lohnt es sich für ungelernte Geringverdiener, zu arbeiten? Wird das Lohnabstandsgebot beim Bürgergeld noch eingehalten?

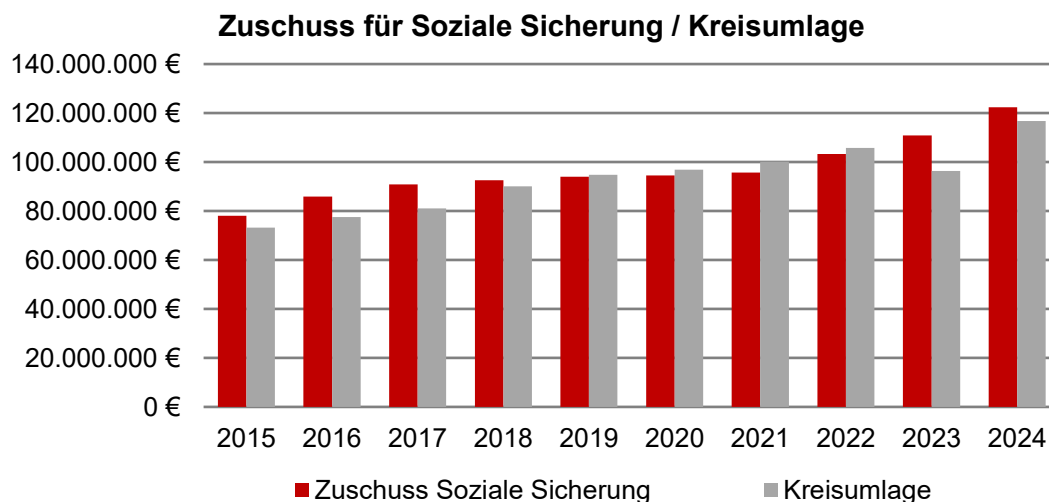
Die politische Diskussion über diese und viele andere Fragen wird weitergehen. Am Anfang meiner Haushaltsrede haben ich gesagt, dass die Lage ernster ist als bei früheren Wirtschaftsabschwüngen. Ich bin überzeugt, Deutschland kann den Krisenmodus überwinden. Das wird aber nur gelingen, wenn dem von Bundeskanzler Scholz ausgerufenen Deutschland-

Pakt bald endlich kräftige politische Taten folgen! Das kann auch schmerzhaft sein. Weiter so wird aber noch mehr wehtun!

Meine Damen und Herren,

der Entwurf des Kreishaushalts 2024 kann nur mit einer Erhöhung der Kreisumlage, einer Kürzung von Investitionen oder einer noch höheren Verschuldung ausgeglichen werden. Vor einer noch höheren Neuverschuldung kann ich mit Blick auf die Liste der in den nächsten Jahren anstehenden Investitionen - 160 Mio. € bis 2029 - nur warnen.

Auch mit Blick auf die fragliche wirtschaftliche Entwicklung und die uns immer mehr erdrückenden Sozialausgaben. Sie sehen, die Kreisumlage reicht wieder nicht aus, um die Sozialausgaben zu decken.



Der Landkreis muss handlungsfähig bleiben. Wir müssen die Lasten mit den Gemeinden teilen. Daran wird sich in den nächsten Jahren nur etwas ändern, wenn die Wirtschaft wieder in Schwung kommt. Das sehen Sie an der **Finanzplanung** für die kommenden Jahre, in der wir den Kreisumlage-Hebesatz auf bis zu 36,5 % anpassen mussten, um den Haushaltsausgleich darstellen zu können. Ob es so kommen wird, muss die Zukunft zeigen. Wir sollten optimistisch bleiben, dürfen von einer nachhaltigen Haushaltsplanung mit begrenzter Neuverschuldung aber nicht abweichen. Einen

gewissen **Spielraum für eine maßvolle Neuverschuldung** haben wir in den vergangenen Jahren durch den Schuldenabbau von in der Spitze knapp 77 Mio. € auf rd. 51 Mio. € in 2022 geschaffen.



Meine Damen und Herren,

die **Haushaltsberatungen** sind in diesem Jahr besonders herausfordernd. Ich bin gespannt auf die Haushaltsreden im Kreistag am 14. November und die Beratungen in den Ausschüssen und das Ergebnis bei der Verabschiedung des Haushalts am 19. Dezember.

Für die Aufstellung des Haushaltsplanes bedanke mich bei Ihnen, Frau Kreiskämmerin Laudien und Ihnen, Herr Dezernent Schmidt und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landratsamt, die Ihnen zugearbeitet haben. Mein Dank geht an die über 1.200 **Beschäftigten des Landkreises** an die 700 **Beschäftigten im Kreisklinikum** und auch an die **Beschäftigten im Diak**, die alle in der Corona-Pandemie Besonderes geleistet haben. Ich hoffe, dass die Pandemie in diesem Winter nicht zurückkehrt und die Krankenhäuser und Pfl

Meine Damen und Herren,

meine Haushaltsrede, der Vorbericht zum Haushaltsplan und das Zahlenwerk wird in das Sitzungssystem Session eingestellt und für die Öffentlichkeit auch noch auf der Homepage des Landkreises in der Rubrik „Haushaltsdaten“.

Ich wünsche uns eine konstruktive Haushaltsberatung und möchte Ihnen dafür folgendes **Zitat** von Konrad Adenauer mit auf den Weg geben: „Die Gemeindepolitik, die Kommunalpolitik ist eine Schule auch für die große Politik.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Frau Laudien wird Ihnen nun noch einige Rahmendaten zum Haushalt erläutern.